

Thesenpapier AG 8 – Gesundheit, Sicherheit, Inklusion in und für gute Nachbarschaften

Vorbemerkung:

- Gesundheit bedeutet laut WHO körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden. Zur Förderung von Gesundheit sollten auf Nachbarschaftsebene das physische Wohnumfeld, die soziale Infrastruktur sowie das soziale Umfeld angemessen gestaltet werden. Die Violence Prevention Alliance der WHO (VPA) definiert einen „Public Health“-Ansatz in der Gewaltprävention, bei dem auch auf der Ebene der Nachbarschaften Risikofaktoren für Gewalt reduziert und Schutzfaktoren gestärkt werden sollen. Die Prävention von Gewalt – sowohl im öffentlichen Raum als auch im sozialen Nahraum – trägt daher zu der Schaffung von Bedingungen bei, in denen Menschen gesund leben können.
- Daraus folgt, dass die Reduzierung von Gewalt und der mit ihr verbundenen Folgen und Folgekosten eine zentrale Voraussetzung für die Verbesserung der Gesundheits- und Lebenssituation insbesondere von Frauen* und ihren Kindern sowie für die umfassende Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen darstellt.
- Darüber hinaus legt die Europäische Konvention für Menschenrechte im Artikel 14 fest, dass niemand aufgrund persönlicher Eigenschaften, z.B. Hautfarbe, sozialer Status oder Gesundheitszustand benachteiligt werden darf. Gute Nachbarschaften müssen also im Sinn von Diversität und Vielfalt den Bedürfnissen aller Bewohner*innen gerecht werden.

Frage 1: Warum ist das Handlungsfeld Gesundheit, Sicherheit und Inklusion wichtig für eine gute Nachbarschaft?

- Gesundheit, Sicherheit und Inklusion ermöglichen Wohlbefinden und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit bei den Bewohner*innen einer Nachbarschaft.
- Dies beruht darauf, dass Menschen, die ihre Umgebung als sicher, diskriminierungsfrei und gesundheitsförderlich erleben, sich eher sozial einbringen, ihre Nachbarschaft gestalten und Konflikte konstruktiv lösen – eine resiliente Gemeinschaft entsteht.
- In einer Nachbarschaft sollten alle Bewohner*innen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstverwirklichung haben. Das Engagement und der Zusammenhalt solcher Nachbarschaften sind wiederum förderlich für Gesundheit, Sicherheit und Inklusion vor Ort. So entsteht bestenfalls ein positives Zusammenspiel von guter Nachbarschaft und den benannten Teilaspekten.

Frage 2: Was sind die größten Herausforderungen für Gesundheit, Sicherheit und Inklusion, jetzt und in den nächsten Jahren?

- In einer offenen Gesellschaft und ebenso in Nachbarschaften gibt es unterschiedlichen Meinungen, Haltungen und Werte und damit auch potenzielle Konflikte. Die Herausforderung besteht darin, Unterschiedlichkeit auszuhalten und basierend auf einem Konsens an demokratischen Werten und Normen gemeinsam eine Gemeinschaft zu entwickeln, in der alle die gleichen Verwirklichungschancen besitzen.
- Gesellschaftliche Heterogenität und soziale Ungleichheit schaffen Verteilungskonflikte, die das Risiko unsolidarischer und exklusiver Ansätze befördern. Die aktuellen geopolitischen Ereignisse und der Klimawandel erzeugen auch auf nachbarschaftlicher Ebene Druck und verknapfen notwendige Ressourcen. Zudem bedarf es einer weiteren Sensibilisierung für

Problemlagen, die in Nachbarschaften präsent sind, so z.B. häusliche Gewalt, Vereinsamung und soziale Isolation oder die schlechte gesundheitliche Lage von sozial benachteiligten Menschen.

- Häusliche Gewalt ist, wie Studien zeigen, weit verbreitet und gleichzeitig immer noch stark tabuisiert. Von ihr betroffen sind, anders als bei Gewalt im öffentlichen Raum, überwiegend Frauen*. Diese Gewalt beeinträchtigt nicht nur Gesundheit und Leben der Betroffenen und ihrer Kinder, sondern betrifft auch das persönliche Umfeld und findet immer auch im sozialen Kontext des Wohnraumes und der direkten Nachbarschaft statt. Gewalt ist keine Privatsache.
- Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass manche Herausforderungen, die in Nachbarschaften sichtbar werden, nicht vor Ort gelöst werden können, da es sich um grundlegende gesellschaftliche Herausforderungen handelt. So bedarf es z.B. für den angespannten Wohnungsmarkt, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, Kinderarmut, oder für Folgen des Klimawandels Lösungen auf Ebene der gesamten Kommune, des Landes und/oder des Bundes.
- Das Potential gelingender Nachbarschaft als Beitrag für die Bewältigung der oben beschriebenen Herausforderungen werden oft nicht erkannt und gefördert. Daraus entstehen Folgekosten für die Gesellschaft.

Frage 3: Was braucht es aus der Perspektive von Gesundheit, Sicherheit und Inklusion, damit gute Nachbarschaft gelingen kann?

- Grundlage für die Entstehung und den Erhalt von Gesundheit, Sicherheit und Inklusion ist eine integrierte Planung und bereichsübergreifende Zusammenarbeit in der Kommune, die einen langfristigen, präventiven Blick auf Nachbarschaften hat. Neben der kommunalen Verwaltung sollten dabei auch weitere relevante Akteur*innen und Institutionen einbezogen werden.
- Eine gute soziale Infrastruktur ist notwendig. Es sollte dabei berücksichtigt werden, dass Quartiere von unterschiedlichen Voraussetzungen starten (z.B. soziale Lage oder städtische vs. ländliche Räume) und bedarfsgerechte Unterstützung benötigen.
- Zur notwendigen Infrastruktur zählen sichere, für alle Menschen zum Aufenthalt im Freien geeignete (Grün-) Flächen, gut begehbare, beleuchtete und übersichtliche Wege sowie niedrigschwellige, öffentlich zugängliche Räumlichkeiten. Belebte öffentliche Räume fördern den sozialen Zusammenhalt, die informelle Sozialkontrolle und reduzieren Gelegenheiten für Kriminalität und Gewalt.
- Diese Infrastruktur ist inklusiv, solange Angebote und Räume für alle Menschen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen niedrigschwellig erreichbar, übersichtlich und autonom nutzbar sind.
- Es braucht nachhaltige sowie adressatengerechte Beteiligungsverfahren und Mitgestaltungsmöglichkeiten, die eine bedarfsorientierte Mitgestaltung der Nachbarschaft ermöglichen. Dazu zählen bedarfsgerechte Angebote, die allen Menschen vor Ort soziale Teilhabe ermöglichen. Es gilt, Bewohner*innen dazu zu befähigen, sich mit ihrer Expertise, ihren Ideen und Ressourcen in die Gestaltung ihrer Nachbarschaft einzubringen. Aus niedrigschwelligen Angeboten kann auch eine „Anpack-Mentalität“ und mehr ehrenamtliches Engagement entstehen.
- Die gesundheitsförderliche, gewaltpräventive und inklusive Gestaltung von Nachbarschaften kann durch die Einrichtung von „Kümmer*innen“ bzw. Koordinations- und Anlaufstellen vor Ort deutlich gefördert werden. Professionelle Stellen wie Quartiersmanagement, Gemeinwesenarbeit, Gesundheitsfachkräfte und Dorfhelfer*innen) können Netzwerke

koordinieren, die Bewohner*innen fachgerecht zu den Aspekten Gesundheit und Gewaltprävention informieren sowie bei Bedarf an andere Einrichtungen (z.B. Gewaltschutzeinrichtungen oder andere Hilfesysteme) vermitteln. Auch bürgerschaftliches Engagement und informelle nachbarschaftliche Hilfen und Netzwerke tragen zu guter Nachbarschaft bei und können mit entsprechender Unterstützung noch wirksamer werden. Dazu braucht es Räume der Begegnung, in denen Menschen ohne Scheu zusammenkommen können.

- Zur Besetzung der Anlaufstellen ist qualifiziertes Personal notwendig (Soziale Arbeit, Gesundheitswissenschaften, Community Health Nursing o.ä.). Insofern bedarf es einer stärkeren Verknüpfung professioneller Angebote mit der Förderung nachhaltiger Unterstützungsstrukturen im sozialen Umfeld/ in Nachbarschaften. Dahingehend besteht ein hoher Bedarf an Qualifizierung sowohl zu gesundheitsförderlichen Aspekten als auch im Bereich des geschlechtsspezifischen Gewaltschutzes und der allgemeinen Gewaltprävention sowie ein hoher Bedarf an professionellen Ressourcen. Daraus können sich Synergien für alle benannten Handlungsfelder ergeben. Weiterhin ist ein gutes Zusammenspiel zwischen Haupt- und Ehrenamt je nach Bedarf der Nachbarschaft wünschenswert.

Am Thesenpapier mitgewirkt haben:

Janine Sterner, LVG&AFS Niedersachsen Bremen e.V.

Dr. Moritz von Gliszczynski, LVG&AFS Niedersachsen Bremen e.V.

Frederik Groeger-Roth, Landespräventionsrat Niedersachsen

Nora Stein, Landespräventionsrat Niedersachsen

Christian Jacobs, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Roy Gündel, LandesSportBund Niedersachsen e.V.

Nico Walter, Lebenshilfe Hannover

Björn Sassenhausen, AOK Niedersachsen

Stefanie Akwa, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Dorit Neuhaus, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.

Irene Sassenburg-Fröhlich, Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Isernhagen, für die LAG Gleichstellung Niedersachsen

Gisela Stelzer-Marx, Institut für Konfliktlösungen